



Das kommt davon

Wenn Bürger befragt werden, kann das Ergebnis nur denen gefallen, die sich mehrheitlich mit ihrer Ansicht durchgesetzt haben, die Unterlegenen schützen den Kopf ob der Dummheit der anderen.

Ein langjähriger **paperpress**-Leser und politischer Wegbegleiter schrieb mir kürzlich: „...und will die Gelegenheit nutzen, einfach mal Danke zu sagen für deine Arbeit - fast immer kann ich deine Meinungen mittragen (bis auf die Tempelhofverehrung 😊).“

Grundsätzlich haben sich meine Positionen nicht verändert: 1. Ein Flughafen ist ein Flughafen. 2. Und wenn nicht mehr, dann wenigstens eine erträgliche Randbebauung. Gewisse Bedenken, wie die verkehrliche Anbindung aussehen kann, hatte ich von Anfang an. Der Tempelhofer Damm entlang dem Flugfeld ist tagsüber jetzt schon dicht.

Das Thema Randbebauung ist längst nicht vom Tisch. Beim Volksentscheid am 25. Mai 2014 haben von den 2.491.365 abstimmungsberechtigten Berlinern 1.149.145 (46,1 %) teilgenommen, wovon wiederum 739.124 (29,7 % der Wahlberechtigten) für die Gesetzesinitiative der Initiatoren der Volksabstimmung stimmten. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu erkennen, dass weder 46,1, und erst recht nicht 29,7 Prozent eine Mehrheit sind. Darum geht's aber nicht, denn, es siegt immer die Mehrheit derer, die sich beteiligt haben. Wenn sich von 100 Personen 50 an einer Abstimmung beteiligen, und von denen 26 dafür und 24 dagegen sind, haben 26 die Sache entschieden. Jeder Verein ist klug beraten, in seiner Satzung festzulegen, dass bei Abstimmungen immer die anwesenden Mitglieder und nicht alle Vereinsmitglieder gemeint sind, und, dass die Versammlungen immer beschlussfähig sind, egal, wie viele teilnehmen. So können, bleiben wir bei der Zahl 100, acht von zwölf anwesenden Mitgliedern, also 2/3, den Verein auflösen. So funktioniert Demokratie. Denn, **Demokratie ist nur für die da, die mitmachen**. Wer nicht mitmacht, darf sich über das Ergebnis nicht beschweren.

Nach zehn Jahren und vielleicht neuen Erkenntnissen, zum Beispiel, weil die Wohnungsnot größer geworden ist, könnte man einen neuen Volksentscheid veranstalten, um zu klären, ob, welche Mehrheit auch immer, für oder gegen die Randbebauung ist. Stattdessen gab es einen „Dialogprozess“ zur Bebauung des Tempelhofer Feldes. Am 21. und 22. September trafen sich ausgeloste Teilnehmer zur

Dialogwerkstatt. „Eine deutliche Mehrheit der Anwesenden 150 Teilnehmenden“ (wieviel das auch immer gewesen sein mögen) sprach sich gegen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes aus.

„Stattdessen bevorzugten die meisten eine Weiterentwicklung der verschiedenen Nutzungen wie etwa Kultur-, Bildungs- und Sportangebote. Von zehn sogenannten Entwicklungsperspektiven für das Feld, die von den Teilnehmern die meiste Unterstützung erhielten, sieht keine eine Randbebauung vor.“

Welchen Sinn diese Dialogwerkstatt haben soll, wenn das Ergebnis ohnehin unwichtig ist, erschließt sich einem nicht. „Die Dialogwerkstätten hatten nicht das Ziel, über Pro oder Contra abzustimmen“, teilte Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** (SPD) dem **Tagesspiegel** mit. An den Plänen für einen internationalen Ideenwettbewerb will der Senator festhalten.

Das ganze Verfahren ist zum Scheitern verurteilt. Auch wenn es nur 150 Leute sind, die um ihre Meinung gebeten wurden, so kann man diese nicht einfach in die Tonne treten. Dann hätte man erst gar nicht fragen sollen.

Dass die Opposition den Beteiligungsprozess als Farce kritisiert, ist verständlich. Dass aber die Linke SPD und CDU unterstellt, „den Profiten der Baulobby verpflichtet“ zu sein ist ebenso überzogen wie die Aussage vom BUND, es handele sich um „von Ideologie getriebenen Bebauungspläne“.

Seriöser äußert sich Grünen-Fraktionschef **Werner Graf**, wenn er darauf hinweist, „dass die Bebauung des Feldes Berlins Wohnungsmarktprobleme nicht lösen werde.“ Lösen nicht, aber an einer Stelle entlasten. **Christian Gräff** von der CDU unterstreicht, dass es bei den Dialogwerkstätten „nicht um die Frage, ob gebaut wird, sondern darum, was“, ging. Diesen Auftrag haben die Teilnehmenden wohl nicht verstanden.

Gräff. „Es gelte weiterhin der Koalitionsvertrag, der die Randbebauung vorsieht. Man wolle sich außerdem nicht auf die Empfehlungen einer kleinen Gruppe verlassen.“ Tja, Herr Gräff, Sie haben das System auch nicht verstanden. **Demokratie ist nur für die da, die mitmachen**. Die Gruppengröße ist nicht entscheidend. Ganz offenkundig wurden die Teilnehmenden am „Dialogprozess“ verarscht. Der nächste Volksentscheid geht genauso in die Hose wie der erste. Also: Let it be!

Ed Koch

Quellen: Tagesspiegel / Bürgerrat